

Keine Kohle für Kohle

Unter Fachleuten herrscht Einigkeit: wenn der Klimawandel ernsthaft gebremst werden soll, dann müssen Energiegewinnung, Wirtschaften, Wohnen und Mobilität ganz anders organisiert werden, nämlich nicht mehr auf der Basis von fossilen Energien. Und weil die Verbrennung von Kohle ganz besonders viel CO₂ produziert, steht der Bau neuer Kohlekraftwerke weit oben auf der Liste von Dingen, die zukünftig unterlassen werden sollen.

„Wir müssen Kohleemissionen beenden, wenn wir fair zu unseren Kindern und Enkelkindern sein wollen“, erklärt etwa der Klimawissenschaftler und –aktivist Professor Jim Hansen Anfang Oktober in der Zeitung „Guardian“ und fährt fort: „Die Kohle muss im Boden bleiben, oder wir werden die nötigen Ziele beim atmosphärischen Kohlendioxid nie erreichen.“ Statt neuer Kohlekraftwerke bräuchte es im Energiesektor einen massiven Ausbau von erneuerbaren Energien, die Erzeugung von Elektrizität nahe an den VerbraucherInnen, was dann auch die direkte Nutzung der entstehenden Wärme erlaubt und natürlich Energieeinsparung im großen Stil. Greenpeace hat in seiner „energy (r)evolution“ Studie ein Szenario errechnet, mit dem bis 2050 weltweit 50 Prozent Kohlendioxid (gegenüber 1990) eingespart werden könnten und gleichzeitig die Atomkraftnutzung beendet wird. Dabei werden die großen Energieeffizienz-Potenziale ausgeschlachtet und Erneuerbare massiv sowohl für die Produktion von Wärme als auch Elektrizität genutzt.

Natürlich kostet dieser Umbau des Energiesystems Geld, viele Milliarden Euro. Jedoch hat der Stern-Bericht 2006 klargemacht, dass die Bekämpfung und Eindämmung des Klimawandels zwar teuer ist (er geht von zwei Prozent des Welt-Bruttosozialprodukts aus), die volkswirtschaftlichen Schäden des Klimawandels jedoch noch viel teurer wären (fünf bis 20 Prozent des Welt-Bruttosozialprodukts). Hinzu kommt, dass in vielen Ländern der Erde ohnehin noch eine grundlegende Energieinfrastruktur gebaut werden muss, da es einen großen Energie-Nachholbedarf gibt. Beim Bau dieser Energieinfrastruktur gemeinsam mit den Entwicklungsländern nach nachhaltigen, umweltfreundlichen und sozialverträglichen Lösungen zu suchen, sollte eigentlich die Aufgabe von Entwicklungsbanken sein. Ebenso wie öffentliche Finanzinstitutionen generell beim Umbau des Energiesystems helfen sollten, statt das fossile Weiter-so zu finanzieren.

Der Blick in die Finanzierungsrealität ist jedoch ernüchternd. Die amerikanische Umweltorganisation Environmental Defense Fund (EDF) hat einen

Bericht veröffentlicht, der die Finanzierungen im Energiebereich von Entwicklungsbanken und Exportkreditagenturen unter die Lupe genommen hat. Dabei kam heraus, dass zwischen 1994 und 2008 von diesen Finanzinstitutionen 37 Milliarden US Dollar direkt in 88 Kohlekraftwerke weltweit investiert wurden, schwerpunktmäßig in Asien. Da jeder Dollar öffentlicher Finanzierung noch einmal etwa zwei Dollar private Finanzierung nach sich zieht, geht EDF davon aus, dass in dem Zeitraum etwa 100 Milliarden US Dollar für Kohlekraftwerke bereit gestellt wurden. Unter den multilateralen Banken haben am meisten Kohlekraftwerke finanziert: die Weltbankgruppe, die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) und die Europäische Investitionsbank (EIB). Letztere ist zudem im Transportsektor sehr aktiv, der für 30 Prozent der Emissionen der EU-15 verantwortlich ist: Zwischen 1996 und 2005 hat die EIB 62 Milliarden Euro in den Auto- und Flugverkehr investiert.

Business-as-usual bei den Finanzinstitutionen

Während also viel Geld für den Umbau des Energiesystems nötig ist, stecken die internationalen Finanzinstitutionen nach wie vor viel von ihrem Geld in aus Klimasicht unverantwortliche Projekte. In diesen Finanzinstitutionen sitzen jedoch die Regierungen in den Aufsichtsgremien. Sie können damit auf Ausrichtung und Verleihaktivitäten der Banken Einfluss nehmen. Gerade Deutschland ist ein großer Geldgeber, seine Stimme hat großes Gewicht.

Deshalb liegen diesem Heft Postkarten an die Bundesregierung bei, die sie auffordern, sich für mehr Klimaschutz bei ihren Banken einzusetzen. Je mehr Post die Bundesregierung bekommt, umso besser.

Regine Richter ist Mitarbeiterin bei der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation [urgewald](http://urgewald.org) und arbeitet zu internationalen Finanzinstitutionen, regine@urgewald.de